

PROTOKOLL

Buchpräsentation Dolores Bauer: „Mein Uganda“ / Podiumsdiskussion: Uganda vor den Wahlen

DATUM:14.02.2006, 19:00

ORT: Diplomatische Akademie, Favoritenstraße 15a, 1040 Wien

DiskutantInnen:

- **Toni Mair**, Sektion Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium
- **Father Albert Byaruhanga**, früherer Präsidentenberater, Entwicklungskoordinator der ugandischen Bischofskonferenz
- **Lucy Daxbacher**, Konsultantin für Konflikte und Menschenrechte
- **Abel Rwendeire**, Generalsekretär der UNIDO und ehemaliger ugandischer Minister
- **Dolores Bauer**, Vize-Präsidentin des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit, Moderation des Abends

Begrüßung durch Michael Baiculescu (Mandelbaum Verlag), stellt Programmverlauf des Abends vor:

1. Buchpräsentation Dolores Bauer „Mein Uganda“
2. Podiumsdiskussion zur Situation in Uganda vor den Wahlen am 23.02.2006

1.) Buchpräsentation

Anlässlich der Präsidentschaftswahlen stellt die Journalistin **Dolores Bauer** „ihr Uganda“ vor, das Resümee ihrer Begegnungen mit den Menschen des Landes in den letzten 25 Jahren.

Im Reportagestil erzählt sie in ihrem Buch die Geschichte, wie sie 1983 nach Uganda kam und sich dort in einer Situation von Krieg, Mord und Massaker wiederfand. Im Jahr 1987 gründete sie die Plattform Österreich – Uganda, die zum wichtigsten Lobbyinstrument für Uganda in Österreich wurde und es schaffte, Menschen über parteipolitische und religiöse Grenzen über mehr als ein Jahrzehnt an einen runden Tisch zu bringen. Uganda wurde aus dem nichts einer der größten bilaterale Partner und Schwerpunktland der ÖEZA.

1996 erlebte sie die ersten Wahlen, die sie erst skeptisch und mit Vorbehalten mitverfolgte. Die Ziele des 1985 in Unterolberndorf formulierten 10 Punkte Programms wurden langsam aber stetig umgesetzt. Eine Demokratisierung Ugandas fand vor allem durch den verfassungsgebenden Prozess statt, der alle politischen Kräfte des Landes unter einen Hut brachte.

Generell spürte sie in diesen beiden Jahrzehnten auch eine Aufbruchstimmung und die Kraft der Menschen, etwas bewegen zu wollen, an die Zukunft zu glauben und die Hoffnung nicht aufgeben zu wollen.

Sie betont, dass ihr Buch kein grundsätzliches Buch ist, das Uganda analysiert, sondern ihren persönlichen Weg in und mit dem Land beschreibt.

2.) Podiumsdiskussion

In kurzen Statements legen die TeilnehmerInnen ihre Sicht der Dinge in Uganda dar:

Father Albert Byaruhanga: begründet die Verbundenheit zu Österreich mit dem in Unterolberndorf (Niederösterreich) von 15.-18. Juni vom engsten politischen Führungskreis um Yoweri Museveni 1985 beschlossenen politischen Grundsatzprogramm.

Uganda hat sich in den letzten 20 Jahren zum besseren entwickelt. Die schwierige Situation eines Entwicklungslandes dürfen nicht verdrängt werden. Da ist vor allem die Situation im Norden Ugandas zu nennen, der nach wie vor nicht befriedet ist. Es müsse man alles getan werden, um Stabilität ins Land zu bringen. Bevor diese nicht gewährleistet sei, könne man auch nur schwerlich über Handelsabkommen mit den Nachbarländern reden. Auch deswegen sei es umso wichtiger, dass Afrika sich vereint und seine politische und wirtschaftliche Heterogenität endlich überwindet.

Die Regierung müsse vor allem *gemeinsam* für den Frieden kämpfen. Er bedankt sich bei Österreich für seine Unterstützung.

Lucy Daxbacher:

Lucy Daxbacher wurde im Norden des Landes geboren und arbeitet seit 10 Jahren für die Verbesserung der Menschenrechte im Norden.

Seit 26.1.1986 (Machtübernahme Museveni) gäbe es Hoffnung für Uganda. Die Ursachen der Konflikte im Land liegen in der Kolonialzeit und dem Beginn der Unabhängigkeit (1962). In den Regierungsjahren Musevenis habe das Land so etwas wie Wohlstand und Sicherheit erlangt und es seien Fortschritte im Gesundheitssystem gemacht worden. Dennoch gäbe es im Norden 6.5 Millionen Menschen, die in extremer Armut und Unsicherheit leben. In dieser Region gäbe es weder eine politische Agenda noch sei es möglich, demokratische Grundsätze voranzutreiben. Gesetzeslosigkeit und Missachtung der Menschenrechte wären an der Tagesordnung. Die Möglichkeiten zur Entwicklung von politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen sind limitiert, die Gesellschaft militarisiert: Allein in Karamoja wurden 100.000 illegale Waffen gezählt – wie könne bei diesen Bedingungen Stabilität erreicht werden? Eine nächste dringliche Frage sei, wie man die Dezentralisierung verstärkt durchsetzen könne.

Das größte Problem im Norden sei die Unwissenheit der Bevölkerung über den Demokratisierungsprozess. Obwohl Radiostationen im ganzen Land gut entwickelt seien, müssten sie im Norden noch nachhaltiger verbessert werden.

Zudem müsse der Armutsreduzierungsplan (PRSP in Uganda PEAP genannt) implementiert werden.

Eine Beendigung des Konflikts sei also dringendst erforderlich, um Demokratie umzusetzen! Es sei die Aufgabe und Pflicht der Regierung, ihre Bevölkerung zu beschützen. Die Regierung hätte auch die Macht, dies zu tun. Dazu sei neben der politischen Aktivität auch militärischer Einsatz nötig, um der LRA (Lord's Resistance Army) entgegenzutreten.

Abel Rwendire: ist optimistisch, dass selbst die großen Konflikte im Norden bewältigt werden können. Die UNO hätte sich in einigen Aspekten nicht so schnell bewegt wie sie hätte sollen, dennoch gäbe es Regierungsprogramme, die sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen. Er ist der Meinung, dass der Wettbewerb unter den Wahl-Kandidaten in dem Kein-Parteien-System der „National Resistance Movement“, kurz „Movement“ genannt, sogar intensiver war als in einem Mehr-Parteien-System, da die Kandidaten keine Unterstützung von ihrer Partei zu erwarten hätten. In einem Mehr-Parteien-System könne man sich hinter seiner Partei verstecken.

Eine Bedingung für die Beendigung und Vorbeugung von Konflikten sei das Verständnis und der Respekt für den anderen, und die Bereitschaft, auch als Wahlverlierer weiter für die Nation Uganda zu kämpfen.

Die Kommunikation untereinander sei besonders wichtig!! Gerade da es 36 verschiedene Volksgruppen und Sprachen in Uganda gibt.

Diese ersten demokratischen Gehversuche bedürften aber weiterhin der Unterstützung von Österreich!

Toni Mair:

Uganda hat in den letzten 20 Jahren sehr viel Interesse und Unterstützung von Österreich erhalten und wurde immer wieder ins Bewusstsein der Leute gerückt, unter anderem auch, weil es zu einem Schwerpunktland der ÖEZA wurde.

Zum derzeitigen Zeitpunkt (vor den Wahlen) noch einmal verstärkte Aufmerksamkeit durch die Medien --> jedoch sowohl positiv als auch negativ konnotierte Schlagzeilen. Wie kann man sich nun orientieren?

1993 wurde Uganda Schwerpunktland der ÖEZA. Seit dem wurde ein Prozess der politischen Willensbildung initiiert, es kam zu einer neuen Verfassung, die am 9.10.1995 in Kraft trat. Die ugandische Verfassung gilt als Meilenstein für die demokratische Entwicklung in Uganda, für die Menschenrechte und das Zusammenleben der Menschen. Gruppen, die sich bekriegt haben, hätten sich versöhnt. Durch die viele Aufmerksamkeit, die dieses Land in Österreich bekam, hätten sich auch immer mehr Partner für die Unterstützung gefunden.

Uganda hat seine Verfassung nun seit gut 10 Jahren, 1996 wurde der Präsident auf Basis dieser Verfassung gewählt, 5 Jahre später erneut. Nun wäre eigentlich das Ende seiner Amtszeit erreicht. Museveni tritt dennoch wieder an. Die Verfassung wurde vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit geändert, um ihm einen erneuten legitimen Antritt zu ermöglichen.

Mair kritisiert diesen Versuch Musevenis, durch die Änderung der Verfassung an der Macht zu bleiben und ist enttäuscht davon. Der Geist dieser Verfassung sei die Grundlage des politischen Zusammenlebens in Uganda, sie leite die Demokratie und beschütze die Bevölkerung. Eine solche Verfassung sollte man aus Machtkalkül heraus – auch mit entsprechenden parlamentarischen Mehrheiten - nicht ändern! Insofern hat die Verfassung den Reifetest nicht bestanden, man sollte sie als Konsequenz überdenken oder um die Teile, die nicht bestanden haben, kürzen.

Dennoch, und unabhängig davon, wird Österreich Uganda auch weiterhin im bisherigen Umfang von 5-7 Millionen € pro Jahr unterstützen.

Podiumsdiskussion:

- Ergebnisse:

Abel Rwendire ist der Meinung, dass die Verfassung geändert werden musste, um sich den Veränderungen der Zeit adäquat anzupassen. Er hält die Veränderung vom Movement-System zum Mehr-Parteien-System für notwendig.

Was den Konflikt im Norden Ugandas und die protected camps betrifft, meint Lucy Daxbacher, dass die IDP (Internal Displaced People) Camps ursprünglich als Unterschlupf errichtet worden wären, in die die Leute zu ihrer eigenen Sicherheit gebracht werden sollten. Diese Maßnahme der Regierung glitt jedoch aus dem Ruder, da viel Missbrauch betrieben wurde und wird, indem die Menschen durch militärische Übergriffe gezwungen würden, binnen 24 Stunden ihre Häuser zu verlassen und in ein Camp zu übersiedeln.

Der Präsident versuche, diesen Missbrauch nun zu unterbinden.

Auf die Frage, was Österreich in dem Fall, dass Museveni die Wahlen verliert, tun wird, erklärt Toni Mair noch einmal, dass der Ausgang der Wahlen oder politische Veränderungen in Uganda die österreichische Unterstützung für Uganda nicht beeinträchtigen werden. Das Unterstützungsprogramm würde nur beendet werden, wenn beispielsweise Gelder nicht an ihrem Bestimmungsort ankämen oder die Situation landesweit für eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit zu gefährlich werde.

Zu den Möglichkeiten Österreichs, innerhalb seines EU-Vorsitzes etwas zu bewegen, meint Mair, dass diese aufgrund der begrenzten Zeit (6 Monate) gering seien. Dennoch habe es bereits während der ersten österreichischen EU-Präsidentschaft 1998 eine Erhebung gegeben, was bilaterale Geldgeber in Uganda überhaupt machen könnten. Die Botschaft sei einfach: dass Uganda dem Westen nicht egal sei.

Die Frage, ob es jemals auch in Folge der Untersuchungen und Berichte der UNO und eine darauf folgende Bestrafung für militärische Übergriffe im Kongo Konsequenzen geben werde (Uganda wurde vom internationalen Gerichtshof in Den Haag vor kurzem wegen dieser Übergriffe bestraft), wurde nicht beantwortet. Der Status Quo der Verhandlungen um dieses brisante Thema seien geheim.

Ob einer der Kandidaten Lösungen für den Konflikt im Norden geben könne, wurde nicht beantwortet, da im Wahlkampf viel versprochen, aber wenig gehalten werde.

Ein großes Problem sei die Verständigung der vielen verschiedenen Volksgruppen untereinander, da es keine nationale gemeinsame Sprache gäbe. Englisch könne bei weitem nicht jede(r). Und Nord und Südugandische Sprachen sind so unterschiedlich wie Chinesisch und Deutsch. Die Regierung hätte auch im Norden Sicherheit für die Wahlen versprochen, so dass alle Wahlberechtigten teilnehmen könnten.

Konsens von Dolores Bauer: Das was Uganda braucht ist Frieden, alles Weitere würde sich danach entwickeln. Afrika ist für sie der Kontinent der Veränderung und der Zukunft. Ihr Credo: Afrika ist der Kontinent des 21. Jahrhunderts!